

Ilka von Boeselager



## Mit Mut zum Leben

Eine Autobiographie

BARTON VERLAG

Ilka von Boeselager war über 45 Jahre als Politikerin aktiv. Zunächst als Vorsitzende der Frauen Union und als Ratsmitglied der Gemeinde Swisttal, als Kreistagsabgeordnete des Rhein-Sieg-Kreises, als Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Swisttal und zuletzt als Landtagsabgeordnete für den Rhein-Sieg-Kreis III im Landtag Nordrhein-Westfalen. Sie engagierte sich viele Jahre lang in den CDU-Vorständen von Kreis und Land, war während ihrer Parlamentszugehörigkeit u. a. Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für Europa- und Eine-Welt-Politik, ordentliches Mitglied im Wirtschafts-, im Landwirtschafts-, im Rechts- und im Kulturausschuss des Landtags. Über viele Jahre hinweg gehörte sie dem Ältestenrat an. Als Mutter von zwei Kindern gründete Ilka von Boeselager eine mittelständische Reisebüro-Kette im Großraum Köln/Bonn und wurde im Jahre 1985 eigenständige Unternehmerin in der Tourismusbranche.

Ilka von Boeselager zieht in diesem Buch Bilanz. In ihrer persönlichen Rückschau erzählt sie nicht nur von dem Spagat zwischen Familienleben, Kindererziehung, beruflicher Arbeit und politischem Engagement. Sie steht für ihre christlichen Grundwerte ein und lebt ihre Überzeugungen: Freiheit und Menschenwürde stehen im Vordergrund. Dabei gibt sie spannende Einblicke in ihre politische Arbeit und in die Beziehungsgeflechte der Machtstrukturen, innerhalb derer sie sich behauptete.

© Barton Verlag, Weilerswist-Metternich 2022

[www.barton-verlag.de](http://www.barton-verlag.de)

Cover: Helmi Schwarz-Seibt, Leverkusen

© Coverfotographie: Laurence Chaperon

Layout: Gaja Busch

ISBN 978-3-934648-54-8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Auszug mit freundlicher Genehmigung der Autorin für Landschafts-Schutzverein Vorgebirge e. V.

## Im Wahlkreis

Mit der »Koalition der Erneuerung«, wie das Regierungsbündnis um Jürgen Rüttgers und FDP-Mann Professor Andreas Pinkwart getauft war, war der Spagat verbunden, einerseits die Akzeptanz im Ruhrgebiet zu erhalten, mit der Johannes Rau-Gestik. Andererseits war die angestammte Klientel zufriedenzustellen, die vor allem im »ländlichen Raum« saß. Im Kabinett waren Karl-Josef Laumann als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Eckhard Uhlenberg als Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zwei Schwergewichte, die mit ihrer Persönlichkeit für die eine beziehungsweise für die andere Hinwendung besonders standen.

Für mich als Vertreterin des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises war vor allem Eckhard Uhlenberg zentraler Ansprechpartner. Ein lange schwelender Konflikt beruhte auf dem Vorrat hochreinen weißen Quarzkieses unter der Erde von Bornheim, Swisttal-Buschhoven, Rheinbach-Flerzheim, Alfter-Witterschlick oder benachbart in Weilerswist. Ein wirtschaftlich begehrtes und seltenes Vorkommen, das von der Industrie für unterschiedliche Projekte nachgefragt wird: vom Brunnenbau bis zum Mikrochip.

Konkurrierende Interessen um die begrenzte Ressource Boden – zum Beispiel für das Wohnen, den Verkehr, das Gewerbe, die Erholung – verabredet der sogenannte Landesentwicklungsplan, LEP. Er ist das übergeordnete Leitbild der Regionalplanung, die auf Ebene der Bezirksregierung stattfindet. In dem LEP wird die Abwägung der unterschiedlichen Belange maßgeblich getroffen. Grundvorstellung ist eine Gerechtigkeit und Ergiebigkeit, die das eine Gut nicht zu Lasten eines anderen schönrechnet. Nach beispielsweise der Art: NRW wird grünes Vorzeigeland und importiert weiterhin benötigte fossile Güter. In dieser Sicht gewichtet der LEP beispielhaft:

»Die Verfügbarkeit von energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen ist eine unverzichtbare Grundlage unserer

Industriegesellschaft. Wirtschaft und Bevölkerung haben ein Interesse an einer sparsamen und qualitätsspezifischen Nutzung von Rohstoffen. Sie sind auf eine sichere und bedarfsgerechte Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Der LEP macht es der Regionalplanung zur Aufgabe, die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung mit mineralischen Rohstoffen für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren bei Lockergesteinen und 35 Jahren bei Festgesteinen zu sichern.«

Diesem Interesse, hinter das sich naturgemäß die Gewinnerwartung wirtschaftlicher Akteure klemmt, steht das gesamtgesellschaftlich prägnante Interesse gegenüber, Ressourcen zu schonen, Naturräume zu kultivieren, gute Böden und gutes Wasser zu haben und, nach späterer Begriffsbildung, klimaneutral zu werden.

In Bornheim wurde die »Ausquarzung« und »Auskiesung« der Böden Mitte der 1970-er Jahre zum Thema. Zuerst war eine Grube in Brenig, Richtung Botzdorf, im Visier, dann rückte der sogenannte »Sonnenhof« in den Blick: auf dem Plateau des Vorgebirges, zwischen den Bornheimer Ortschaften Hemmerich, Rösberg und Merten.

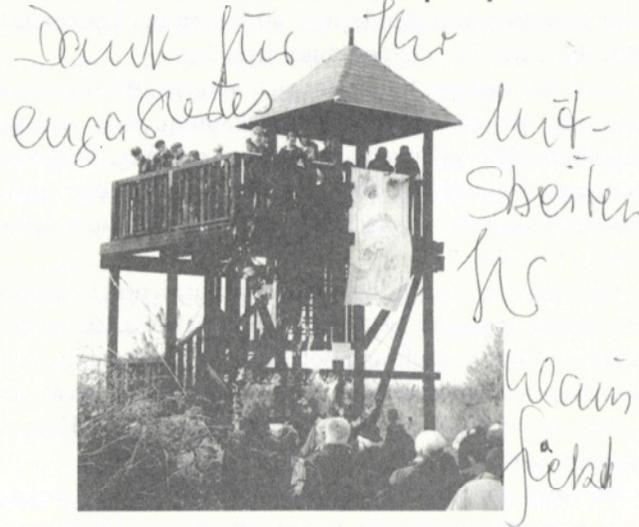
Im einen wie im anderen Fall, Grube Brenig und Sonnenhof, gab es für entsprechende Abbau-Ambitionen überhaupt keine Zuwegung, die in zentralen Räumen der Naherholung erst hätte geschaffen werden müssen. Eine Erschließung würde den Charakter der Heimat, mit den Schönheiten um *Heimatblick* und *Ville* fundamental angreifen. Im Hintergrund gab es ein Tauziehen zwischen den wirtschaftlichen Aspiranten, die sich immer neue Verbündete suchten, und den Heimatschützern, die mit dem Landschaftsschutzverein Vorgebirge e. V., dem LSV, eine starke Stimme hatten. Vorsitzender dort war Klaus Fietzek, ein besonnener Mann mit Übersicht, von dem mir auch Weinstöcke in Erinnerung sind, die er immer einmal wieder mitbrachte und verschenkte. Die, die er mir zugedacht hat, sind gut angekommen und bringen bis zum heutigen Tag schöne Reben.

Die örtliche SPD hielt sich in dem Interessenskonflikt merklich zurück. Sie wollte es sich mit der Industrie nicht verscherzen,

Liebe Jeka Keller,



LANDSCHAFTS-SCHUTZVEREIN VORGEIRGE E.V.



1975 25 Jahre jung 2000

25 Jahre Bürgerbewegung gegen Quarz-Abbau

für die es in der Parteiideologie eine stärkere Vermutung gab als beispielsweise für die Landwirtschaft, aber ebenfalls nicht mit den dörflichen Gemeinschaften. Die Forderung nach »Runden Tischen«, die von der örtlichen SPD höchstens zu vernehmen war, drückte die Profillosigkeit aus, die ihren Grund in dieser doppelten Rücksichtnahme hatte. Ebenso spiegelte die Haltung von Ministerpräsident Wolfgang Clement den Grundkonflikt: Er lehnte es ab, eine Entscheidung zur »Chefsache« zu machen. Sinngemäß sollte eine Lösung, wie auch immer sie beschaffen

ist, für die unterlegene Seite »wie ein Unfall aussehen«. Erst Bürgermeister Wolfgang Henseler, der im Oktober 2004 den CDU-Mann Wilfried Henseler abgelöst hatte, bezog seitens der SPD deutliche Position: gegen ein Abbauvorhaben Sonnenhof.

In dem Landschaftsschutzverein Vorgebirge wurde ich selber Mitglied. Unterhalb parteipolitischer Prägung war die Abwendung der Quarzkiesabbaus zu dieser Zeit seine wesentliche Legitimation. Mein Übereinstimmen mit der Zielsetzung und mit der größeren Idee habe ich anlässlich des 40-jährigen LSV-Bestehens beispielhaft ausgedrückt (s. Abbildung des Grußwortes auf S. 196).

Aus der landespolitischen Opposition heraus hatte ich alles darangesetzt, die Entscheider der SPD auf die Seite der Gegner eines Abbauvorhabens Sonnenhof zu ziehen. Die Regionalplanung in Köln war unberechenbar. Für die CDU war der Rheinbacher Dieter Heuel, Chef der Fraktion im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises und Mitglied im ausschlaggebenden Regionalrat, wichtiger Verhandlungsführer. Mit einem Mandat für den Rheinbacher Stadtrat war Dieter Heuel im Jahr 1969 in den politischen Ring gestiegen. Mit seiner ruhigen, beharrlichen Art und mit dunkler, rollender Stimme hatte er sich im Verlauf der Jahre zur maßgeblichen Gestalt der CDU im Kreis entwickelt. Gut vernetzt und im engen Kontakt mit den Spitzen der Kreisverwaltung hat Dieter Heuel, der im Jahr 2015 leider verstorben ist, wichtige Erneuerungen im Rhein-Sieg-Kreis angeregt. Wirtschaftlich attraktives Profil, leistungsstarke Infrastruktur: Viele zukunftsgerichtete Entwicklungen sind besonders seinem Einsatz zu danken.

Dieter Heuel, der von denen, die er persönlich nicht schätzte, zuweilen als einsilbig empfunden wurde, hat sich hinsichtlich der Positionierung im Regionalrat nicht langfristig festgelegt. Er, der zu den maßgeblichen Förderern von Norbert Röttgen gehörte, hatte in alle Richtungen gute Verbindungen, nicht zuletzt zu den Interessenvertretern der Wirtschaft. Die Haltbarkeit seiner Zusage, im Zweifelsfall auf der Seite der Städte und Gemeinden zu stehen, wurde auch durch den größeren

## Grußwort



Ilka von Boeselager Mdl.

Liebe Mitglieder und Freunde des Landschaftsschutzvereins Vorgebirge e. V.,

in einem Text aus dem Jahr 1826 liest man über das Vorgebirge, dass die Aussicht von hier „zum Bewundern schön“ sei: „man hat den Rhein vor sich, auf dessen linker Seite sich eine Hügelreihe von Godesberg bis an den Venusberg und den Kreuzberg herabzieht [...]. Hinter dem Kreuzberge tritt das Vorgebirge, welches durch seine Weinberge, Obstgärten und Büsche viele Abwechslungen darbietet, halbmondförmig zurück, und es entfaltet sich eine fruchtbare Ebene. Links das Auge von hier gewendet, erblickt man Cöln mit seinen vielen Thürmen und seinem colossalen Dorn, und auf beiden Rheinufern eine Menge freundlicher Dörfer.“

Diese fast schon 200 Jahre alte Beschreibung der Heimat hat heute noch einen vollgültigen Klang. Eingebunden in die leistungsstarken Strukturen unseres Rhein-Sieg-Kreises hat das Vorgebirge seine Charakteristik bewahrt: als wunderbarer Höhenzug mit kleinen Bächen und Siefen, dem jahreszeitlichen Schimmer des Feldbaus, der Baumbüte, den tollen Ausblicken, Wäldern und Wanderwegen.

Dabei rückte gerade das Vorgebirge in den letzten Jahrzehnten immer wieder in das Sichtfeld wirtschaftlichen Nutzungsinteresses: Quarzsand- und Quarzkiesabbau, Sondermülldeponie. Nur ein Beispiel ist die als „Sonnenhof“ bekannt gewordene Ville-Hochfläche zwischen Merten, Rösberg und Hemmerich, der eine umfassende industrielle Erschließung drohte: neue Zufahrten, Bagger, Schwerlastverkehr.

Es ist das Verdienst des Landschaftsschutzvereins Vorgebirge, diese Gefahren maßgeblich abgewendet und daran mitgewirkt zu haben, dass für die berechtigten ökonomischen Belange geeignetere Standorte sondiert wurden. Hervorgegangen aus der 1975 gegründeten „Bürgerinitiative gegen den Quarzabbau“, trägt der LSV bis zum heutigen Tag Gewähr für den Erhalt unserer gemeinsamen Heimat: in gewiss oft schwieriger Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Wortführern. In diesem ideenreichen Engagement macht sich für uns alle bezahlt, dass Naturschutz auch und nicht zuletzt Heimatschutz ist.

Dafür möchte ich allen ganz herzlich danken, die dabei über nun mehr als 40 Jahre hinweg mitgemacht und dafür viel persönliche Zeit aufgebracht haben. Das war und ist exzellent! Ich sage gerne zu, dass ich – wie in der Vergangenheit – dieses umsichtige Eintreten für unsere Heimat von meiner Seite aus weiter unterstütze, wie immer ich das sinnvoll kann.

Herzlichst

*Ilka v. Boeselager*

Blickwinkel über die Grenzen des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises hinweg relativiert: an irgendeiner Stelle musste dem Anliegen der Rohstoffförderung angemessene Rechnung getragen werden.

Regelmäßig dienstags tagt die CDU-Landtagsfraktion. Sitzungen des Landtagsplenums fallen üblicherweise auf die Tage Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Tagungen der für mich im Laufe der Jahre entscheidenden Ausschüsse – Europa, Eine-Welt, Wirtschaft, Justiz, Hauptausschuss, Landwirtschaft, Kultur – waren überwiegend ebenfalls in der zweiten Hälfte einer jeweiligen Woche anberaumt. Auf dieser Grundlage war der Montag zumeist mein »Bürotag«: entweder in meinem Wahlkreisbüro in Swisttal oder in meinem Wahlkreisbüro, das ich in Bonn in der Wesselstraße eingerichtet hatte. Angesichts des »Mantels«, den die Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises in ihrer Lage um die Stadt Bonn beschreiben, bevorzugten Bürgerinnen und Bürger, die mich sprechen wollten, eher einen Besuch des Bonner Büros.

An solchen Montagen war Dieter Heuel oft mein erster Gast in der Telefonleitung. Er wollte hören, was sich landespolitisch tat, und mich gleichfalls für seine Planungen im Kreis gewinnen. »Sprich doch mal mit der Kollegin«: Sinngemäß so forderte er mich immer wieder auf, in seinem Sinne Entwicklungen zu inspirieren, die außerhalb der Interessen des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises lagen. Wenn man so möchte: Dieter Heuel war im Kreis eine politische Größe und ein »Influencer«. Und in jedem Fall: Ein sicherer Kantonist, die wirtschaftlichen Quarzkies-Ambitionen abzuwenden, war er für mich nicht.

Vor Ort, durch die Regionalplanung in Köln, drohten in ökonomischem Interesse Fakten geschaffen zu werden. Die Ambition der SPD-geführten Landesregierung, sich einzumischen, blieb begrenzt. Nach der Berufung von Wolfgang Clement zum Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft stand seinem am 6. November 2002 gewählten Nachfolger Peer Steinbrück, Bärbel Höhn gegenüber: als Ministerin für Umwelt und Naturschutz,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Er wirtschaftsoffen, sie naturbegeistert.

Diese Konstellation war Grundmuster der Koalitionsbildungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der »Juniorpartner« blähte das Ressort Umwelt im Laufe der Zeit immer weiter auf, um sich im Binnenverhältnis größere Macht zu sichern. Über Jahre hinweg hatte das NRW-»Umweltministerium« die weitläufigere Zuständigkeit »für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten«. Mit Bärbel Höhn kamen der Natur- und der Verbraucherschutz hinzu. Mit Johannes Remmel, ihrem späteren Nachfolger im Kabinett von Hannelore Kraft, wurde in das Ministerium der Klimaschutz eingemeindet.

Ohne Rückendeckung der Landesregierung war für mich wichtig, das Thema öffentlich »am Köcheln« zu halten, um zu verhindern, dass die Kölner Regionalplanung Fakten schafft. Wenn's zum Schwur kommt, stellt sich die informierte Öffentlichkeit nach meiner Erfahrung eher auf die Seite »Heimat« als auf die Seite »Wirtschaft«. Gegen eine aktivierte Bevölkerungsmehrheit ist wiederum schwer Politik zu machen, zumal die nächste Wahl immer schon wieder in Sicht ist.

Die Geschäftsordnung des nordrhein-westfälischen Landtags gibt ein vor allen Dingen von der jeweiligen Opposition genutztes Mittel an die Hand, das sich bestens für solche Absicht eignet: die sogenannte »Kleine Anfrage«. Mit ihr kann jedes »Mitglied des Landtags [...] von der Landesregierung [...] Auskünfte verlangen«. Eine »Kleine Anfrage« darf sich dabei »nur auf einen bestimmten Sachverhalt beziehen und nicht mehr als fünf Unterfragen enthalten. Die zur Kennzeichnung der gewünschten Auskunft angegebenen Tatsachen und gestellten Fragen müssen in kurzer, gedrängter Form dargestellt sein. [...] Die Anfragen werden verteilt. Die Präsidentin bzw. der Präsident übermittelt sie unverzüglich der Landesregierung zur schriftlichen Beantwortung binnen einer Frist von vier Wochen«.

Solche »Kleinen Anfragen« haben für die Medien stets großen Meldungswert. Dieses Instrument habe ich stets ausgiebig genutzt, so auch in Sachen Quarzkies:

## Kleine Anfrage 1779

der Abgeordneten Ilka Keller CDU

### Geplanter Abbau von Quarzkiesen innerhalb des Naturparks Kottenforst-Ville: Wirtschaftliche Relevanz und Rolle der Kölner Bezirksregierung

Für erhebliche Unruhe sorgen die Pläne verschiedener Bergbauunternehmen, größere Areale des Naturparks Kottenforst-Ville künftig für die Gewinnung von Quarzkiesen zu nutzen. Einschlägige Anträge liegen unterdessen vor (etwa Euroquarz GmbH, Rheinische Baustoffwerke GmbH). Namentlich in den Gemeinden, die von einer Umsetzung dieser Vorhaben territorial berührt würden (Bornheim, Weilerswist), artikuliert sich seit dem vergangenen Jahr 2003 heftiger Widerstand gegen diese Pläne. Mit einer schwerpunktmäßigen Ausbeutung des Dobschleider Tals fassen die lautbar gewordenen Projektionen der potenziellen Tagebauunternehmen summa summarum ein Gebiet von rund 150 Hektar ins Visier. Die Austeufung ist bis zu einer Tiefe von 67 Metern vorgesehen.

Eine Umsetzung der Abbauvorhaben bedeutete besonders im Geviert Merten, Rösberg, Hemmerich und Weilerswist auf Jahre hin die Schädigung und irreversible Zerstörung eines großen, genetisch gewachsenen Naherholungsraumes, der insbesondere auch für das Weichbild der Städte Köln und Bonn von herausragender Bedeutung ist. Die Zerstörung zahlreicher Biotope und Bodendenkmäler stände zwangsläufig zu gewärtigen.

Ogleich die wirtschaftliche Relevanz eines etwaigen Quarzkiesabbaus unter den Gesichtspunkten des Marktes zumindest als sehr umstritten gilt, verdichten sich die Anzeichen, dass die zuständige Kölner Bezirksregierung im Blick auf die betroffenen Areale eine Ausweisung als Abgrabungsgebiet über eine Änderung des einschlägigen Gebietsentwicklungsplanes vorbereitet. Sie lässt sich dabei dem Vernehmen nach davon leiten, dass die dort lagernden Quarzkiese über einen Reinheitsgrad von 96 % weißen Quarzanteils verfügen und dass dieses Vorkommen selten sei. In einer Vorlage für die Sitzung des Regionairates am 14. Mai 2004 teilt die Kölner Planungsbehörde mit, dass »die ersten Voraussetzungen für die Konzentration auf langfristig nur noch einen Abbaubetrieb im »Nordraum« Weilerswist/Bornheim geschaffen« seien. Ferner heißt es seitens der Bezirksregierung: »Die Bezirksplanungsbehörde wird [...] die (Abbau-) Unternehmen auffordern, mit ihr ein Konzept für eine wohnungsfeld- und naturverträgliche Gewinnung von hochreinem weißem Quarzkies zu erstellen und – soweit erforderlich – eine Gebietsentwicklungsplanänderung vorzubereiten.« Allerdings wird auch eine solche, vermeintlich einschränkende Änderung des Gebietsentwicklungsplanes von den großen Interessensgemeinschaften vor Ort (besonders der Landschaftsschutzver-

Datum des Originals: 10.05.2004/Ausgegeben: 11.05.2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

band, LSV) rigoros zurückgewiesen. Die Befürchtungen richteten sich darauf, dass sich eine zunächst eingeschränkte Nutzung in der Folge als bloßer Einstieg in einer deutlich breiter gefächerte Ausbeutung offenbaren werde.

Auf Widerspruch stößt insbesondere die Kategorisierung einschlägiger Quarzkiesvorkommen als „hochreiner weißer Quarzkies mit einem Quarzgehalt von mindestens 96 %“: Diese Qualifizierung werde zur Begründung einer vermeintlichen Fördernotwendigkeit in Vorlage gebracht.

In Teilen der Bevölkerung verdichtet sich dem Vernehmen nach der Eindruck, dass die Bezirksplanungsbehörde in Köln in enger Abstimmung mit Firmen, die ihr Interesse an einer Ausbeutung der beschriebenen Areale signalisiert haben, eine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes forciert: gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung, ohne die Er-sichtlichkeit ökonomischer Erfordernisse und in mangelhafter Abwägung konkurrierender Nutzungsansprüche.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über eine beabsichtigte Veränderung des Gebietsentwicklungsplans des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, die die Ausweisung neuer Abbauflächen für Quarzkies im Naturpark Kottenforst-Ville, Bereich Bornheim, intendiert?
2. Wie beurteilt die Landesregierung gemäß ihrer Kenntnisse und gerade vor dem Hintergrund der bereits seit längerem bekannten Konfliktlinien (vgl. auch Petition 12/18353) das Vorgehen der Bezirksregierung, einseitig die Abstimmung mit der Bergbaubranche zu suchen und gerade im Blick auf die jetzt neu angedachte Änderung des Gebietsentwicklungsplanes keine frühzeitige Konsultation mit der Bevölkerung/den Interessensgruppen zu suchen?
3. Wie bewertet die Landesregierung gemäß ihrer Kenntnis die Abstimmung der Bezirksregierung mit einschlägigen Tagebauunternehmen, zumal im Blick auf eine (vermeintlich) induzierende Wirkung, die die Interessen der Unternehmen auf die projektierte Umschreibung des Gebietsentwicklungsplanes haben (könnten)?
4. Ist es richtig, dass die von der Kölner Bezirksregierung geltend gemachte Nutzungskategorie „hochreiner weißer Quarzkies mit einem Quarzgehalt von mindestens 96 %“ innerhalb Nordrhein-Westfalens, aber auch in sämtlichen anderen Bundesländern beispiellos ist und dass sie in einschlägigen Verwaltungsbestimmungen des Landes keinerlei Grundlage hat?
5. Trifft es zu, dass das Vorkommen „hochreiner weißer Quarzkiese mit einem Quarzgehalt von mindestens 96 %“ keine verpflichtende Basis bildet, die eine Ausweisung entsprechender Areale im Rahmen des Gebietsentwicklungsplanes notwendig machte, und dass es für „hochreinen weißen Quarzkies mit einem Quarzgehalt von mindestens 96 %“ keinen „unverzichtbaren“ Bedarf, sondern lediglich „vorteilhafte“ Anwendungen gibt, die auch auf andere Weise effizient bedient werden können?

Ilka Keller

2

Und noch ein Pfeil wurde »aus dem Köcher« gezogen: Aus Bornheim und Swisttal verbündeten sich im Jahr 2000 weitere Initiativen mit dem LSV, um eine Petition im Sinne des Landschaftsschutzes zu starten. Rund 13.000 Bürgerinnen und Bürger stellten sich prompt dahinter. Der Petitionsausschuss steht grundsätzlich allen offen, um Sorgen und Nöte, Anregungen oder vermeintliches Unrecht vorzutragen. Er ist begründet auf dem Artikel 17 des Grundgesetzes der Bundesrepublik: »Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.« Der Ausschuss prüft den Sachverhalt, wenn der Sachgrund belastbar ist, vertraulich. Stellungnahmen werden eingeholt, es gibt Anhörungen, letztlich wird das Begehren beschieden. Die Beschlüsse haben empfehlenden Charakter.

Da ich selber diesem Ausschuss nicht angehörte, vermittelte ich das Petitionsvorhaben aus Bornheim und Swisttal an meine Fraktionskollegin Barbara »Bärbel« Wischermann aus Bottrop, die ebenso wie ich im Jahr 1990 erstmals in den NRW-Landtag gewählt wurde: eine taffe Kollegin, die ich sehr geschätzt habe und schätze. Im laufenden Verfahren sammelten sich um sie Mehrheiten, die unseren Standpunkt stützten: Ein zusammenhängendes, für wirtschaftliche Ausbeutung in keiner Weise erschlossenes Natur- und Erholungsgebiet im Kontext des Naturparks Rheinland ist in seiner Einmaligkeit zu schützen, überragende ökonomische Notwendigkeiten im gesamtgesellschaftlichen Interesse lassen sich nicht erhärten.

Die Landesregierung versuchte, die Sache loszuwerden, um »freie Hand« zu haben. Der Ausschuss solle die Petition für »erledigt« erklären, forderte das NRW-Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung im März 2003: mit Hinweis darauf, dass ein seinerzeit neuer Gebietsentwicklungsplan das Vorhaben nicht abbilde. Nur: Solche Pläne sind immer nur Momentaufnahmen, wenn nicht prinzipiell über die Substanz entschieden ist.

Der General-Anzeiger berichtete am 15.03.2003

Auch Ilka Keller, Landtagsabgeordnete der CDU-Fraktion, spricht sich gegen die Empfehlung des Ministeriums aus, die Petition im dritten Jahr des Verfahrens als erledigt anzusehen: »Damit bin ich überhaupt nicht einverstanden. Die einzige Möglichkeit eines Abschlusses wäre die Verabschiedung der Petition im Sinne der Petenten.« Alles andere mache keinen Sinn. Erst müsse der Inhalt der Petition bestätigt werden. Denn die Beilegung des Falles zu den Akten nützt bestenfalls Heres Nachfolgern. Den Grund für den Verstoß des Ministeriums sieht Keller darum auch nicht in einer nüchternen Abwägung, sondern in »internen Kontakten«: »Im Ministerium könnten Freunde der Quarzwerke sitzen«, vermutet sie. Die Petitionsausschuss-Vorsitzende Wischermann war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Manche ballten die Faust in der Tasche. Aber: Das Moratorium hielt über die Jahre der SPD-geführten Landesregierungen hinweg. Die Rechnung ging auf, dass angesichts einer beliebigen Haltung der Landesregierung zumindest in Köln keine nachteiligen Fakten geschaffen wurden.

Nach der Wahl von Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten, am 22. Juni 2005, mussten die Karten auf den Tisch. Allerdings dauerte es, bis das in erster Linie regionale Anliegen erfolgreich platziert werden konnte. Der Abzug des politischen Pulverdampfes war abzuwarten. Vor allem die Neustrukturierungen in der Schullandschaft mit großen Ganztagsvorhaben und die Konsolidierung der Finanzen spannten alle Kräfte an.

Die Haltung von Professor Andreas Pinkwart, der im »Kabinett Rüttgers« das Ministeramt für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie übernommen hatte und zudem als stellvertretender Ministerpräsident starker Mann der FDP war, war für mich schwer auszulegen. Professor Pinkwart, den ich persönlich sehr schätze und der mit seiner Familie selber im Rhein-Sieg-Kreis in Alfter, wohnt, hatte schließlich liberales Programm zu vertreten. Auf der anderen Seite waren auch »unsere Leute« neu in Amt und Würden. Niemand wollte etwas übereilen. Im Blick auf mein Anliegen wurde mir signalisiert, dass es vor allem kein Interesse gibt, Präzedenzwirkungen auszulösen, die im Nachhinein nur mit Aufwand zu korrigieren sind.

In Beobachtung der Situation und der menschlichen Konstellationen erhöhte ich im Jahr 2007 die Schlagzahl angesichts neuer Regsamkeit in Köln, Fakten zu schaffen. Ich wendete mich im Mai 2007 an Umweltminister Uhlenberg:

»Lieber Eckhard, für die Region wäre es ein katastrophales und nicht begründbares Signal, wenn das Gelände Sonnenhof zwischen den Bornheimer Ortschaften Merten, Rösberg, Hemmerich und der Gemeinde Weilerswist nun per Regionalplan-Änderungsverfahren neuerlich zur Disposition gestellt würde. Dies würde den Wünschen vor Ort nicht gerecht, wäre wirtschaftlich nicht ernstlich als zwingend motivierbar und entspräche nicht der demokratischen Beschlusslage.«

Ich knüpfte an meine Korrespondenz mit Jürgen Rüttgers an, den ich bereits im August des Jahres 2000 sensibilisiert hatte, seinerzeit als Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion:

»Die CDU in unserer Region wendet sich seit jeher gegen die Abbaumaßnahmen und hat dabei im letzten Wahlkampf auch Unterstützung von Laurenz Meyer erhalten [...]. Nach der Wahl [die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000] ist die Sache von Seiten der Landesregierung [mit Wolfgang Clement als Ministerpräsident] jetzt wieder eingeschlafen, während von den Betreibern des Abbaus neue Fakten geschaffen werden und der Verdross bei den Bürgerinnen und Bürgern anhält. Sehr geehrter Herr Dr. Rüttgers, für uns in der Region ist es immens wichtig, dass sich die Landes-CDU in der Angelegenheit weiter eindeutig engagiert und auch entsprechende Signale [...] aussendet.«

2. Mai 2008, 16 Uhr. Treffpunkt war »Am Wasserturm« in Rösberg. In »streng geheimer Mission« kam Karsten Beneke, der Chef der Staatskanzlei, ins Vorgebirge, um sich als Vertreter der Landesregierung selber ein Bild zu machen. Nur eine Handvoll Personen wussten Bescheid. Mein Wahlkreisbüro hatte den Termin mit der Staatskanzlei abgestimmt:

Im Namen von Frau von Boeselager ganz herzlichen Dank für die schnelle Terminvermittlung. Wir haben Freitag, 02. Mai 2008, 16 - 17.30 Uhr, entsprechend vorge-merkt. Treffpunkt soll auf dem Höhenzug des Vorgebirges der Wasserturm in 53332 Bornheim-Rösberg sein. Dieses gut sichtbare Ziegelbauwerk liegt an einer kleinen Straße mit dem Namen »Am Wasserturm« in 53332 Bornheim und wird von den Straßen Theisenkreuz und Fürchespfad flankiert. In der per pdf anhängenden Karte finden Sie ihn im Straßenwinkel Theisenkreuzweg/Fürchespfad (Tangente zum Rüttersweg) eingezeichnet.

Dieter Müller, der die CDU in Bornheim über viele Jahre hinweg als Vorsitzender geprägt hat, wartete mit mir, als die Karosse des Staatssekretärs angerollt kam. Die Jahreszeit spielte uns in die Karten: Die Felder zwischen dem Mertener Sportplatz, dem »Hölzernen Mann« im Rösberger Wald, Richtung Weilerswist, dem Sportplatz in Hemmerich bis hin zum Heerweg standen in voller Pracht. Dieter Müller hatte auch im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises großes Renommee als Planungsexperte. Als uns Karsten Beneke, ein Volkswirtschaftler im 50. Lebensjahr, am Ende unserer »Runde« am Rand des heimischen Waldes zurückließ, blieb unklar, welche Schlüsse er gezogen hatte.

In der Folge zeigte sich, dass die mangelhafte Eignung des Sonnenhofs als neues Abbaugelände landespolitisch verstanden wurde. Marschrouten wurden: Die Erweiterung schon bestehender Abbaustätten – Witterschlick, Weilerswist – hat Vorfahrt vor einer Neuerschließung. Die Kommunen, die den Abbau im wirtschaftlichen Interesse wünschen, haben Vorfahrt vor denjenigen, die das nicht wollen. Damit geriet vor allem eine Ausweisung zusätzlicher Fläche im Weilerswister Norden noch mehr in den Fokus. Das Problem nur: Das dort interessante Gebiet, neben der aktiven Betriebsstätte, war in wesentlichen Teilen mit einem Flora-Fauna-Habitat-Status, FFH, qualifiziert worden. Das heißt: Das Areal war in eine Gebietskulisse der Europäischen Union einbezogen, die der Erhaltung natürlicher Natur- und Lebensräume vorbehalten ist.

Angesichts der Erschließung aber und in der Abwägung von ökonomischen und tatsächlichen ökologischen Belangen bot Weilerswist die besten Voraussetzungen. Bereits im Jahr 2006 hatte ich bei Minister Uhlenberg angefragt, ob das wertvolle FFH-Anliegen nicht an anderer Stelle erfüllt werden könne, zumal die Bewaldung mit großen Anteilen einfachem Fichtenwaldes keinen außerordentlichen Naturschatz bedeutete. Eckhard Uhlenberg teilte mir auf Grundlage einer FFH-Verträglichkeitsstudie seine Bewertung mit, dass er infolge eines in die FFH-Areale erweiterten Abbaus keine erhebliche Beeinträchti-

gung erwarte, da »das geplante Abbauvorhaben melderelevante Aspekte nur unwesentlich berühre«.

Aus Weilerswist selber kamen positive Signale. Bürgermeister Peter Schlösser, ein SPD-Mann, und der Rat – mit Widerspruch der Grünen – sahen die finanzielle Attraktivität.

Das Problem jetzt: In Köln hatte der Regierungspräsident Hans Peter Lindlar andere Vorstellungen. Nachdem der Sonnenhof mehr oder weniger »tabu« war, nahm seine Planung neuer Konzentrationszonen die Erweiterung des Abbaus in Witterschlick und in Rheinbach-Flerzheim ins Visier, was nicht zuletzt für Swisttal-Buschhoven eine denkbar schlechte Lösung darstellen würde. Wieder schien eine Einigung in weite Ferne zu rücken, lediglich mit einer Konfliktverschiebung: bis Gisela Walsken im Sommer 2010 zur Kölner Regierungspräsidentin ernannt wurde. Meine frühere SPD-Kollegin im Landtag trat nach dem Regierungswechsel am 9. Mai 2010 – mit der neuen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft anstelle von Jürgen Rüttgers – die Nachfolge von Hans Peter Lindlar in Köln an. Mein Trauzeuge bei der Hochzeit mit Antonius von Boeselager im Jahr 2006 war für mich immer hochgeschätzter Kollege. In puncto Quarzabbau aber kamen wir nie zusammen.





Die SPD-Politikerin Gisela Walsken, mit der ich bereits in der gemeinsamen Zeit im Landtag in gutem Kontakt stand, war jetzt meine erste Ansprechpartnerin. Am 1. April 2011 schrieb ich ihr:

»Wie Du ja weißt, führt die jahrelange Suche nach möglichen Abbauf Flächen für den sogenannten hochreinen weißen Quarzkies im linksrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises zu anhaltender Unruhe. [...] Ein immer wieder betonter und aus meiner Sicht absolut maßgeblicher Standpunkt im Zuge aller Diskussionen war, dass der Wunsch der – potentiell – betroffenen Städte und Gemeinden entscheidend gewichtet werden sollte. Trotz klarer Positionierungen hat diese Haltung, der sich ja auch Wortführer aus dem Regionalrat dezidiert angeschlossen haben, bislang nicht zu einer Klärung der Situation geführt. [...] Ich möchte zu der möglichen Erweiterungsfläche in Weilerswist [...] den verschiedentlich gegebenen Hinweis unterstreichen, dass es hierbei keineswegs um Areale mit einem hochwertigen Pflanzen- oder Baumbestand geht. [...] Liebe Gisela, es wäre sehr wichtig, wenn diese seit der Zeit von Franz-Josef Antwerpes schwelende Abbauf Frage endlich mal gelöst und gemeinverträglich entschieden würde«.

Im September 2011 lud ich Gisela Walsken zum nächsten Informationsgespräch mit dem linksrheinischen Kollegium der Bürgermeister und mit Landrat Sebastian Schuster ein. Das Zusammenkommen hatte ich mit Bürgermeister Theo Hüffel in Wachtberg verabredet:



24.08.2011

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Ilke v. Boeselager, MdL

Landtag NRW • Ilke v. Boeselager MdB • Platz des Landtags 1 • 40227 Düsseldorf

**Gemeindeverwaltung Wachtberg**  
**Herrn Bürgermeister**  
**Theo Hüffel**  
**Rathausstr. 34**

**53343 Wachtberg**

wie bereits angekündigt, möchte ich Sie ganz herzlich zu dem kommenden Treffen der Bürgermeister mit der Regierungspräsidentin, Frau Gisela Walsken, einladen am:

**Mittwoch, 14.9.2011, 9 – 12 Uhr.**

Die Tagung beginnt, wie ja vereinbart, um 9 Uhr im

**Hotel Dahl, Heideweg 17, 53343 Wachtberg-Niederbachem.**

Von meiner Seite aus meldete ich als Themen an:

Ich selber möchte gerne die Fragen zum Abbau von Quarzkies in der Region ansprechen – insbesondere die Frage nach der Eignung der Abbauf Flächen Weilerswist, Witterschlick und Swisstal-Buschhoven – sowie die Schulsituation in Alfter und die geplante Installation der Hochspannungsstrasse über Bornheim, Alfter und Meckenheim.

Der Landschaftsschutzverein Vorgebirge und der Landschaftsschutzverein Kottenforst hatten ihre Positionen im Vorfeld untermauert: Rote Linien waren der Sonnenhof und eine Erweiterung zwischen Flerzheim und Buschhoven. Gisela Walsken hatte mit allen gesprochen und sich selbst ein Bild gemacht.

Kurzfristig musste das Informationsgespräch in Wachtberg noch einmal verlegt werden: auf den 10. November 2011.

»Es wird einen guten und tragfähigen Kompromiss geben«, sagte Gisela Walsken uns in Niederbachem zu: der auf eine breite politische Basis gestützt werde und alle zumindest »teilglücklich« mache. Wegmarke sei die Sitzung des Regionalrats am 16. Dezember 2011. Der Eckpunkteplan, der nach dieser Sitzung bekannt wurde, holte den Sonnenhof und eine Erweiterung von Flerzheim-Nord/Buschhoven vom Tisch, ebenfalls aber Weilerswist Nord. Vorbehaltlich gerichtlicher Klärungen – vor allem die Kieswerke in Rheinbach waren klagefreudig – hatte sich die Politik über die Parteigrenzen hinweg festgelegt: Der Bedarf für die nächsten 25 bis 30 Jahre soll und kann über die Konzentration auf den Standort Witterschlick Süd gedeckt werden.

Ein Dreivierteljahr später waren die Eckpunkte in Stein gemeißelt. Das Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes vermeldete im Oktober 2012:

»Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2012 den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Sachlicher Teilabschnitt Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville beschlossen. Der Sachliche Teilplan Weißer Quarzkies ist ein sachlicher Teilplan (§ 7 Absatz 1 Raumordnungsgesetz) des Regionalplanes Köln, welcher räumlich den Kreis Euskirchen mit der Gemeinde Weilerswist und den Rhein-Sieg-Kreis mit der Gemeinde Alfter, der Stadt Bornheim, der Stadt Meckenheim, der Stadt Rheinbach und der Gemeinde Swisttal umfasst und Bereiche zur Gewinnung von hochreinem weißen Quarzkies festlegt.

[...] Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Sachlicher Teilabschnitt Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville wird mit der Bekanntmachung wirksam.«

Die jahrzehntelange Auseinandersetzung darum, Standortentscheidungen für wirtschaftliche Nutzung bestmöglich zu verabreden, zeigt wesentliche Funktionsmerkmale von Politik. Die tiefen Eingriffe in die Natur- und Kulturlandschaft der

Heimat durften nun als auf längere Sicht abgewendet gelten. Dass ein »Triumphgeheul« am lautesten aus der SPD-Fraktion im Regionalrat kam, zeigt beispielhaft die Versuchung, auf das Kartendeck des Tages zu setzen. In Wirklichkeit war es im Verlauf der Jahre alleine der Bornheimer Bürgermeister Wolfgang Henseler, der aus den Reihen SPD klare Kante gezeigt hatte.

Das eigentliche Verdienst, die »Rettungstat« für unsere schöne Landschaft, liegt bei dem Landschaftsschutzverein Vorgebirge e. V. Seine Sachwalter, Klaus Fietzek, Dr. Michael Pacyna und Norbert Brauner haben sich mit unermüdlichem Fleiß und mit großem Herzen in die komplizierte Materie eingearbeitet. Sie haben mobilisiert und nicht lockergelassen. Mein Einsatz war nur im Hintergrund, aber umso spannender. Rückblickend zeigt die Praxis der Zusammenarbeit auch, wie christliche-demokratische Überzeugungen und pointiert »grüne« Überzeugungen doch sehr nahe liegen: die Schöpfung zu bewahren und dafür gemeinsam anzupacken, in ökologischer und sozialer Verantwortung.

Weilerswist, Rheinbach, zum Teil Alfter: Aus einzelnen Ortschaften kamen durchaus positive Signale für den Abbau. Denn es geht ja stets auch um Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Finanzkraft. Zudem ist unstrittig, dass jede Region ihren Beitrag zur angemessenen Rohstoffversorgung leisten muss. Das jahrelange Ringen um den Quarzkiesabbau, mit der Suche geeigneter und dem Ausschluss weniger geeigneter Gebiete, zeigt den Wirklichkeitssinn von Gesellschaft und Politik in der demokratischen Mitte. Menschliche Kontakte sind nicht nur hier das Erfolgsgeheimnis: das offene Visier, die direkte Ansprechbarkeit. Es ist kein Zufall, dass es mit Gisela Walsken am Ende eine Vertreterin der SPD war, die den Landschaftsschutzvereinen und mir die Zustimmung gegeben und das dem Regionalrat und der Landespolitik signalisiert hat.